



Fraktions *forum*

INFORMATIONEN UND SERVICE DER SPD-FRAKTION
IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-ALTONA

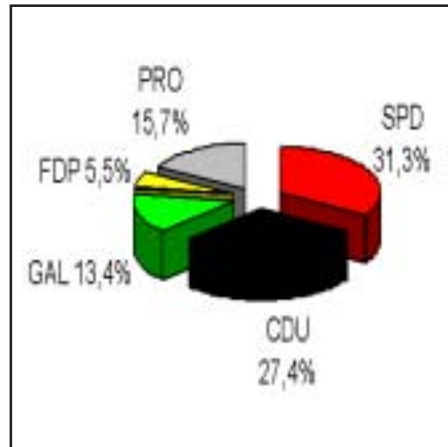
Blickpunkt Mensch



Arbeitsplanung 2002 - 2005



Abstimmung im Kollegensaal



Wahlergebnis September 2001 BV Altona



Die Bevölkerung erwartet neue Konzepte

Nach den Wahlen zur Bürgerschaft und den sieben Bezirksversammlungen stellt die SPD in allen Hamburger Parlamenten die stärkste Fraktion, steht dabei aber vor sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen. Klar ist der Weg in der Bürgerschaft: durch eine kritische, aber konstruktive Opposition den Weg zurück in die Regierungsverantwortung finden. Anders die Situation in den Bezirken: rot-grüne Koalitionen in Eimsbüttel und Hamburg-Nord, große Koalition in Hamburg-Mitte, bürgerliche Mehrheiten in Wandsbek und Hamburg. Und Altona?

Mit einem Zuwachs von 2,5 Prozent und 14 Abgeordneten sind wir auch in Altona stärkste Fraktion, sehen uns jedoch gleichzeitig mit einer rechnerischen Ein-Stimmen Mehrheit der Hamburger Regierungsfractionen konfrontiert, auch wenn diese offiziell keine Koalition bilden.

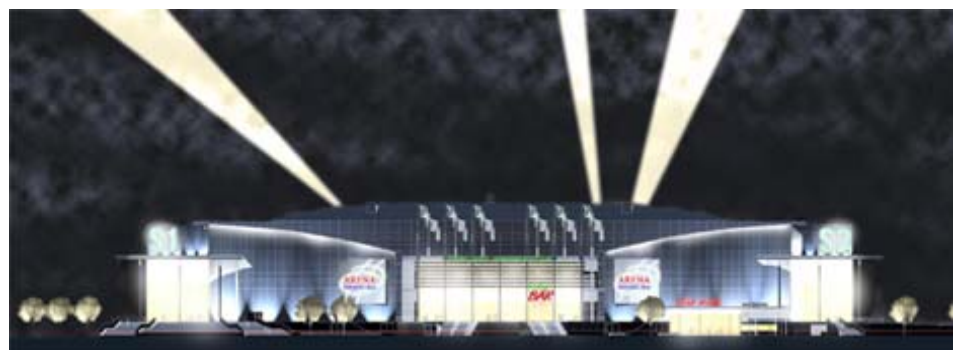
Die Altonaer SPD-Fraktion hat sich angesichts dieser Situation ein klares Ziel gesetzt: die Arbeit des Senats kritisch begleiten und immer dann gegenzuhalten, wenn dessen Politik zu Lasten der Menschen im

Bezirk geht. Gleichzeitig heißt es, die eigenen Vorstellungen klar zu formulieren, durch Qualität zu überzeugen, um so eigene Mehrheiten zu finden. Die Wiederwahl des Altonaer SPD-Bezirksamtsleiters Dr. Uwe Hornauer im April 2002, die bisher wichtigste Abstimmung in der neuen Wahlperiode, hat gezeigt, dass dieser Weg zum Erfolg führen kann. Auf diesem Weg werden wir weitermachen.

Altona hat in den 90er Jahren einen starken Strukturwandel und eine rasante Entwicklung erlebt. In Bahrenfeld, Othmarschen und nicht zuletzt am Hafennordrand sind hochinteressante und stark nachgefragte Gewerbe- und Wohnstandorte entstanden. Stadtteile wie Ottensen sind noch be-

lieber geworden und gehören wie die Elbvororte zu Hamburgs bevorzugten Wohnlagen. Dank sozialdemokratischer Politik sind auch für junge Familien attraktive Wohnangebote entstanden, beispielsweise mit der Reihenhaussiedlung am Elbe-Einkaufszentrum mit 150 Einheiten.

Gleichzeitig ist die Situation an anderer Stelle nicht einfacher geworden. Gewerbliche Arbeitsplätze gingen verloren, das Altonaer Zentrum steht leider immer noch im Schatten, das Stadtbild leidet unter einer mangelhaften Pflege, die sozial schwächeren Stadtteile hinken trotz des Programms der sozialen Stadtentwicklung immer noch hinterher. Nicht zuletzt hierin sind die Gründe für die Unzufriedenheit vieler Menschen zu su-



Altonas Vorzeigeprojekt: Die 80 Millionen Euro teure Colorline Arena wird 16.800 Besucher fassen. Am 21. März 2002 wurde Richtfest gefeiert. 120 Events jährlich sind geplant.

chen, die zum Verlust der Regierungsverantwortung geführt hat.

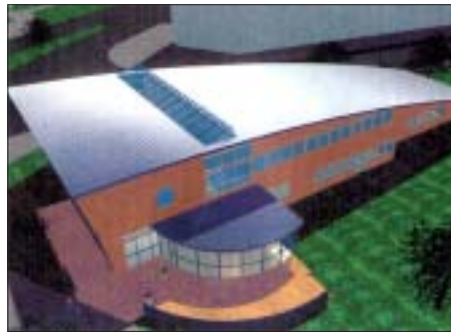
Ihre Situation steht daher im Zentrum unserer Politik in den kommenden Jahren.

Lebenswertes und sicheres Altona

Wir unterstützen alle Bemühungen, das Sicherheitsgefühl der Menschen in der Stadt zu stärken und die Identifikation mit „ihrem“ Stadtteil zu fördern. Dazu gehört aber nicht eingleisig der Ausbau der Polizei. Nötig ist die Bündelung aller Kräfte, um das Erscheinungsbild der Stadt zu verbessern. Wir fordern daher die Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes und die Zusammenfassung aller Ressourcen, auch bei der Stadtreinigung und Grünunterhaltung, um Altona attraktiv zu erhalten. Dort, wo das Stadtbild leidet, zum Beispiel bei den Grünanlagen und entlang der Straßen, muss gehandelt werden. Die Einsparungen des Senats an dieser Stelle sind falsch und gehen zu Lasten des „Wohlfühlens“ in der Stadt.

Hilfen für Schwächere

Schon die Haushaltsberatungen für 2002 und 2003 haben deutlich gemacht, dass es im Bereich Arbeit und Soziales erhebliche Kürzungen des Senats geben wird. Das schafft besondere Probleme in Altona mit einer Arbeitslosenquote von 11,3 Prozent und einem Anteil von 17.350 Sozialhilfeempfängern. Die SPD verschließt



Im Alsenpark in Altona-Nord soll das „FLAKS“ entstehen. Dort finden Frauen Beratung, Kontakt und Hilfe. Das Spielplatzhaus wird dort mit einziehen.



Eine große Zukunftsaufgabe ist die bessere Integration von Zuwanderern. Altona blickt auf eine besonders liberale Tradition zurück.

sich nicht einer offensiven und konstruktiven Debatte über Strukturfragen und Verbesserungen, beispielsweise bei den Instrumenten des 2. Arbeitsmarktes und der Sozialhilfevergabe. Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip lehnen wir jedoch ab. Nötig ist eine kritische Analyse des Altonaer Arbeitsmarktes, eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung und der Beratung von Sozialhilfeempfängerinnen, vor allem aber eine an den Bedürfnissen in den Stadtteilen orientierte Politik. Wir fordern daher z.B. ein Beschäftigungsprojekt im Zusammenhang mit der „Colorline Arena“, vor allem für Menschen aus den umliegenden Stadtteilen Lurup und Bahrenfeld.

Dezentrale Angebote gilt es für den Bereich der Obdachlosigkeit zu fördern. Bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes für Behinderte werden wir uns aktiv beteiligen und fordern die Einrichtung einer Altonaer Behinderten-Arbeitsgemeinschaft. Ebenso gilt es, die Interessen der Behinderten auch im Bereich Bau und Verkehr zu vertreten.

Im Bereich Senioren und Pflege wird es darum gehen, den Ist-Zustand zu analysieren, die Heimaufsicht zu verbessern und im Zuge absehbarer Privatisierungen auch für Familien mit geringeren finanziellen Eigenmitteln qualitativ gute Standards sicherzustellen. Wir werden die vom Bezirksamtsleiter personell endlich organisierte Pflegekonferenz positiv begleiten.

Zu klären ist die Zukunft des von Pflegen&Wohnen betriebenen Pflegezentrums Bahrenfeld am Holstenkamp.

Wir unterstützen die Hospizidee, auch das mit Mitteln des Bundesgesundheitsministeriums geförderte Projekt „Sternenbrücke“ für Kinder am Sandmoorweg in Rissen.

Bei der Drogen- und Suchtprävention steht für uns Erhalt und Ausbau bezirklicher Angebote im Vordergrund. Gleichzeitig gilt es, durch Unterstützung der Polizei eine offene Drogenszene, wie sie zeitweilig rund um den Altonaer Bahnhof zu beobachten war, zu verhindern. Die Drogenproblematik ist weder durch einseitige polizeiliche Maßnahmen, noch durch Zentralisierung von Angeboten zu lösen.



Der „Fixstern“ am Schulerblatt soll in die Schanzenstraße verlagert werden. Das wurde vom „Dreizehner-Gremium“ der drei Bezirke Mitte, Altona und Eimsbüttel beschlossen.

Die niedrigschwellige Drogenhilfeeinrichtung „Fixstern“ am Schulerblatt soll endlich – wie vom „Dreizehner-Gremium“ Schanzenviertel einstimmig beschlossen - an die Lagerstraße/Ecke Schanzenstraße verlegt werden. Wir lehnen die von Gesundheitssenator Rehaag geplante ersatzlose Schließung des „Fixsterns“ und die Zentralisierung von Drogenhilfeeinrichtungen am Hauptbahnhof (ehemaliges Wüstenrot-Gebäude) ab.

Auch auf dem Gebiet der Flüchtlingsunterbringung werden wir uns

kritisch mit den Konzepten des Senats auseinander setzen. Wir begrüßen es, wenn die Wohnschiffe am Hafennordrand in Neumühlen und vielleicht auch weitere Unterkünfte im Bezirk aufgegeben werden können. Keinesfalls darf es jedoch aus einer reinen Klientelpolitik heraus eine Verlagerung aus den bürgerlichen Milieus hinein in sozial schwache Stadtteile geben, erst recht nicht, wenn hierbei auch noch der Standard der Unterbringung abgesenkt wird.

Den Auftrag der Integration von Zuwanderern gehen wir positiv und offensiv an. Wir unterstützen die Idee der Sozialsenatorin, Flüchtlinge mit einem gesichertem Aufenthaltsstatus in Wohnungen unterzubringen. Dies darf aber nicht schwerpunktmäßig in sozial benachteiligten Stadtteilen geschehen. Wir werden die Belegungspolitik des Senats kritisch begleiten.

Strukturen erhalten statt kürzen

Auch der Bereich der Jugendpolitik steht vor massiven finanziellen Einschnitten. Für die SPD

heißt das: Unter Beteiligung der Jugendlichen müssen Sozialraumplanungen und bedarfsgerechte Konzepte anstelle von pauschalen Absenkungen gemacht werden. Wir stellen uns offen Diskussionen zu Strukturveränderung, zum Beispiel durch die Privatisierung von Einrichtungen. Wichtig ist, dass hierbei Angebote erhalten und ausgebaut werden, speziell die Gewaltprävention und Straßensozialarbeit. Wir werden uns weiterhin im Jugendhilfeausschuss und der Bezirksversammlung gegen die Absenkung der bezirklichen Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit wehren. Internetcafes sind zu schaffen. Das „Juca Bahrenfeld“ muss jetzt am S-Bahnhof Bahrenfeld entstehen.

Bei der Kindertagesbetreuung lehnen wir die Förderung von Vier-Stunden-Plätzen zu Lasten der Ganztagsbetreuung und verlängerter Angebote ab. Ziel muss es sein, Eltern die Berufstätigkeit zu ermöglichen, nicht sie an das Haus zu binden. Dies kann nur durch einen bedarfsgerechteren Ausbau der Betreuungsplätze und nicht durch eine Reduzierung geschehen.



Schwimmende Unterkünfte für Zuwanderer: Der Senat hat den Pachtvertrag für die „Bibby Challenge“ zum 31.8.2002 gekündigt. Es werden nur noch 800 von 1.200 Plätzen benötigt. Offen ist, wo die Erstaufnahme bleiben wird, wenn auch der zweite Vertrag 2003 ausläuft.



Ansicht des geplanten Jugendtreffs am Bahnhof Bahrenfeld. Betreiber wird der Verein „Juca“ aus Altona sein.



Moderne Familienpolitik erfordert den Ausbau von Ganztags-Betreuungsplätzen für Kinder, damit Beruf und Familie vereinbar sind.

Wir fordern bei der Frauenpolitik den Erhalt arbeitsfähiger Strukturen, eine Fortsetzung des Frauenforums Altona und wollen eine Neuauflage des erfolgreichen Frauenratgebers durchsetzen. Das Programm „Aussteigen zwischen den Haltestellen“ bei Bussen im öffentlichen Personennahverkehr soll fortgesetzt werden.

Bildung und Kultur für alle

Kultur im öffentlichen Raum muss erhalten und gefördert werden, auch durch Einbindung privater Sponsoren. Das wurde vom Bezirksamt erfolgreich bei der Restaurierung des historischen Stuhlmannbrunnens praktiziert. Die SPD-Fraktion Altona hat sich mit Ideen bei der Mittelbeschaffung aktiv beteiligt und konnte helfen, noch fehlende Beträge aufzutreiben.

Bildung und Kultur dürfen sich aber nicht auf einzelne Objekte reduzieren, sondern müssen sich auch in schwächeren Stadtteilen wiederfinden. Dazu gehören beispielsweise Stadteilkulturzentren, ein Grundbildungszentrum für Lurup und Osdorf, der Erhalt der Büchereien und die Kooperation zwischen Kultur- und Jugendarbeit.

Erfolgreiche Jugendprojekte wie „Freundschaft macht Schule“ oder das größte Graffiti der Welt und „Hot Schrott“ in Osdorf sind zu fördern.

Querschnittsaufgabe Stadtteilentwicklung

Die laufenden Programme der sozialen Stadtteilentwicklung sind weiterzuführen, geplante Projekte wie das Kindermuseum in Osdorf wollen wir realisieren. Die Arbeitsfähigkeit der Quartiersentwickler wie der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) ist zu erhalten. Soziale Stadtteilentwicklung darf sich nicht auf Investitionen reduzieren, sondern muss durch laufende Arbeit gesichert werden und stärker als bisher die Bewohner einbinden.

Der Blick darf sich aber nicht nur auf die formell im Programm stehenden Stadtteile wie Lurup, Osdorf oder Altona-Nord bzw. die Sanierungsgebiete konzentrieren,



Auf dem ehemaligen Gaswerks-Gelände in Bahrenfeld sind durch Mitwirkung der SPD 270 Wohnungen für Familien entstanden.

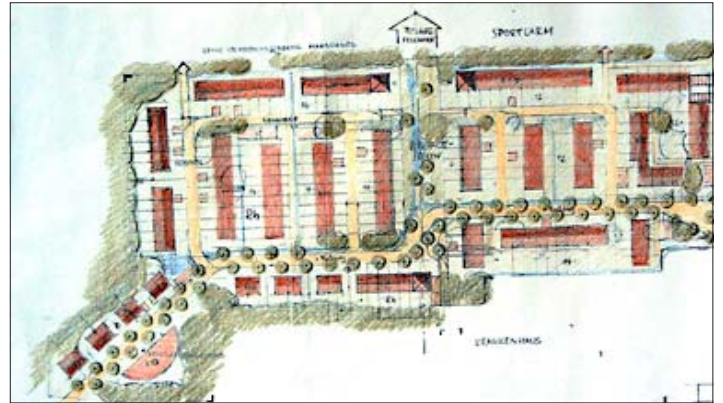
sondern muss auch auf andere Wohnquartiere gerichtet werden, zum Beispiel in Bahrenfeld. Neben der städtebaulichen Umsetzung der Ideen für Altonas Zentrum ist zu prüfen, das Gebiet um die Große Bergstraße als Sanierungsgebiet auszuweisen, um so zusätzliche finanzielle Ressourcen für das Quartier zu erschließen. Dafür muss der Senat jetzt zügig die notwendigen vorbereitenden Untersuchungen nach dem Baugesetzbuch einleiten. Die vom CDU-geführten Senat vorgesehene Absenkung der staatlichen Fördermittel für die Sanierungsgebiete lehnen wir ab.



Wichtiger Bestandteil der Sozialen Stadtteilentwicklung ist der Bau von Pfortnerlogen in großen Wohnsiedlungen. Das Bild zeigt eine Loge am Osdorfer Born.



Noch Zukunftsmusik: Zwischen Bahnhof Altona und Neuer Großer Bergstraße soll eine gläserne Passage mit Läden entstehen.



Planung für das Areal am Marschweg in Rissen. Dort sollen 170 Reihen- und Einzelhäuser entstehen. Derzeit wird ein Bebauungsplan erarbeitet.

Stadtplanung heißt Wohnen + Gewerbe

Die großen Bauprojekte am nördlichen Elbufer, im „Othmarschenpark“ und auf dem Gaswerkgelände sind weit vorangeschritten und echte Aushängeschilder geworden, auch dank sozialdemokratischer Stadtplanung.

Jetzt muss es darum gehen, Projekte wie den Blankeneser Bahnhof, das ehemalige Kühne-Gelände an der Schützenstraße, vor allem aber das Altonaer Zentrum zügig voranzubringen. Die Öffnung der Großen Bergstraße für den Autoverkehr muss jetzt weitergestaltet werden. Nicht nur dort, auch in lokalen Zentren wie in Lurup am Eckhoffplatz oder in Iserbrook gibt es Handlungsbedarf, damit wohnortnahe Einkaufsangebote und Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.

Im Interesse des Altonaer Arbeitsmarktes ist die Holsten-Erweiterung, genauso wie die gesamte Verwertung von Bahnflächen, zügig voranzubringen, wobei eine tragfähige Verkehrsanbindung nötig ist. Standorte nördlich der

Stresemannstraße sind nach Bedarf zu überplanen. Altona darf aber nicht nur Bürostandort werden. Gewerbliche Arbeitsplätze müssen erhalten, Neuansiedlungen gefördert werden, beispielsweise durch einen Technologiepark am Volkspark. Wir unterstützen ausdrücklich die Vorschläge der Handels- und der Handwerkskammer zur Stärkung der bezirklichen Wirtschaftsförderung.

Im Zentrum unserer Stadtplanungspolitik steht die Weiterentwicklung familiengerechten Wohnungs- und Eigentumsbaus, die wir mit der Bebauung des „Kleiderkammer“-Geländes an der Osdorfer Landstraße erfolgreich begonnen ha-

ben. Dies gilt es, auf dem ehemaligen THW-Gelände am Marschweg in Rissen und an anderer Stelle fortzusetzen. Dafür werden wir geeignete Flächen in Altona vorschlagen und planerisch sichern.

Die Altonaer Sozialdemokraten stellen sich offensiv der auch von uns initiierten Diskussion um die „wachsende Stadt“, speziell für Familien mit Kindern. Damit wollen wir der zunehmenden Abwanderung von Steuerzahlern ins Umland entgegensteuern.

Das städtebauliche Projekt des Autobahndeckels über die Autobahn 7 ist zügig auszuwerten und vom Senat zu entscheiden.



Kurz vor der Fertigstellung: Der erste Bauabschnitt der Bürobauten am Altonaer Holzhafen



Nina (7 Jahre) wünscht sich mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Verkehrspolitik: Vielfalt statt Einfalt

Intelligente Verkehrspolitik fördert zielgerichtet und bedarfsgerecht alle Verkehrsarten, denn jedes Verkehrsmittel hat zu seiner Zeit und für seinen Zweck seine Berechtigung. Eine Fokussierung auf den Autoverkehr, wie vom Senat an der Stresemannstraße betrieben, führt nicht weiter, sondern bremst den öffentlichen Personennahverkehr und das Fahrrad. Dies sind Verkehrsmittel, die dazu beitragen, die Straßen zu entlasten und für den Autoverkehr freizuhalten,



Grenzenlose Mobilität? Der Senat fördert aus Sicht der SPD einseitig das Autofahren. Lärm, Abgase und Unfallgefahren nehmen durch die Auto-Politik des CDU-Schill-FDP-Senats zu

den wir brauchen, beispielsweise den Wirtschafts- oder Einkaufsverkehr oder Fahrgemeinschaften.

Wir unterstützen im Zusammenhang mit den beiden Arenen am Volkspark den vierspurigen Ausbau der Elbgaustraße und fordern Untersuchungen für eine neue Querverbindung auf alten Bahntrassen vom Volkspark nach Altona hinein. Das Verkehrskonzept für den Volkspark wird von uns kritisch hinterfragt und muss bei Bedarf nachgebessert werden.

Positiv begleiten wir die Schaffung von Stadtteilgaragen und Parkplatzkapazitäten für den Handel. Kürzungen bei der Straßenunterhaltung lehnen wir ab. Alle Maßnahmen, die zu Lasten schwächerer Verkehrsteilnehmer gehen oder Unfallrisiken bringen, wie die Einführung von Tempo 60, lehnen wir ab.

Der Fahrradverkehr darf ebenso wie der Schutz von Fußgängern „nicht unter die Räder“ kommen. Wir halten an Projekten wie Fahrrad-Servicestationen an Bahnhöfen und der Förderung von Fahrradhäuschen fest.



Ein modernes Bus-System im „Schellfisch-Tunnel“ unterhalb der Max-Brauer-Allee soll den Hafennordrand erschließen

Der Hafennordrand muss durch den öffentlichen Personennahverkehr erschlossen werden, insbesondere durch den „Schellfisch-tunnel“. Das vom bürgerlichen Senat beschlossene „Aus“ für die Stadtbahn bedeutet aus unserer Sicht auch das Ende einer Schienenanbindung für Lurup und Osdorf, die allerdings dringend nötig ist und schon von den Vorgängersenen jahrzehntelang verschoben wurde.

Wohlfühlen und aktiv sein

Neben der Verbesserung des Stadtbildes stehen für uns Projekte wie ein attraktiverer Volkspark, die Fortschreibung der Ideen zum Baden in der Elbe und die Sicherung der Feldmarken im Vordergrund. Im Bereich Umwelt werden wir uns der Lärmproblematik annehmen und die Mobilfunkproblematik weiter im Auge behalten.

Sportpolitik heißt für uns nicht nur, die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und die Hamburger Olympiabewerbung zu unterstützen, sondern vor allem auch den Sport in seiner sozialen Funktion zu begreifen. Altonaer Vereine und auch spezielle Jugendprojekte wie

Midnightbasketball in den sozial schwächeren Gebieten werden von uns weiterhin gefördert. Der Jugendpark am Volkspark (Bornmoorwiese) soll in dieser Wahlperiode realisiert werden.

Bürgernahe Bezirksverwaltung

Die Bezirksverwaltung hat schon in den letzten Jahren erheblich sparen müssen. Dank eines innovativen und kreativen Bezirksamtes Altona konnte dies teilweise kompensiert werden.

Die jetzt zur Diskussion stehenden Sparmodelle des neuen Senates bedrohen jedoch die Existenz einer bürgernahen Verwaltung und greifen außerdem in die Kompetenzen der Bezirksversammlungen ein. Wir lehnen dies ab und fordern im Gegenteil eine stärkere Dezentralisierung, größere finanzpolitische Eigenständigkeit der Bezirke und den Ausbau der Leistungen vor Ort. Ein gutes Vorbild dafür ist das Kundenzentrum in der ehemaligen Bücherhalle neben dem Altonaer Rathaus.

Der Umzug des Ortsamtes Blankenese in den geplanten Neubau am Blankeneser Bahnhof muss vollzogen werden. Für die Herrenhäuser in Blankenese sind andere Nutzungen zu suchen, auf jeden Fall sind sie zu erhalten. Dafür müssen Senat und Bürgerschaft die nötigen Haushaltsmittel rasch bereitstellen.

Die einstimmig von der Arbeitsgruppe der Bezirksversammlung



Altona vorgeschlagene Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes muss zügig umgesetzt werden. Wir fordern den Senat auf, endlich die vorgesehene Arbeitsgruppe auf Senatsebene einzusetzen und arbeiten zu lassen.

Politik im Dialog

Die SPD ist auch nach dem Verlust der Regierungsverantwortung die größte politische Kraft in Hamburg und Altona. Wir wollen diesen Wählerauftrag nutzen und als Partei und Fraktion den Dialog mit den Altonaerinnen und Altonaern

suchen. Mit der Bezirksversammlung, dem Ortsausschuss Blankenese, den öffentlich tagenden Fachausschüssen, insbesondere aber durch Gespräche unserer Abgeordneten in den Stadtteilen.

Das Ziel ist auch für die Altonaer SPD-Fraktion klar. Künftig wollen wir nicht nur stärkste Fraktion sein, sondern werden auch versuchen, wieder eindeutige Mehrheiten für sozialdemokratische Politik zu finden. Dies ist kein Selbstzweck. Die SPD setzt sich für Altona und vor allem für die Menschen ein, die im Wettbewerb der Interessen Unterstützung brauchen.

Impressum

V.i.S.d.P.:

Vorstand der SPD-Fraktion Altona
Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg

Tel. (040) 3 89 53 32,

Fax (040) 38 61 56 43

Email: info@spdfraktionaltona.de

<http://www.spdfraktionaltona.de>

Text: Thomas Adrian

Redaktion und Layout: Stefan Krappa

Fotos: Krappa